

Das Wochenmagazin der SPÖ - www.spoe.at

SPÖ

Aktuell

4. März 2011 • Nr. 8 • 0,73 Euro



100 Jahre Frauentag



Wir kämpfen weiter!



INTERN

Der Internationale Frauentag steht im Zentrum dieser Ausgabe des „SPÖ Aktuell“. Es ist ein besonderer Frauentag: Vor nunmehr 100 Jahren, am 19. März 1911, gingen die Frauen in Österreich, Dänemark, Deutschland, der Schweiz und den USA erstmals für Gleichberechtigung und Chancengleichheit auf die Straße. Ein Jahr zuvor war der Frauentag auf Initiative der deutschen Politikerin und Frauenrechtlerin Clara Zetkin bei der Zweiten Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz in Kopenhagen festgelegt worden. Die Idee erwies sich als voller Erfolg: In den folgenden Jahren beteiligten sich weltweit Millionen von Frauen. Bis heute macht sich die Sozialdemokratie besonders am 8. März – auf dieses Datum hatte man sich 1921 geeinigt – für die Sache der Frauen stark.

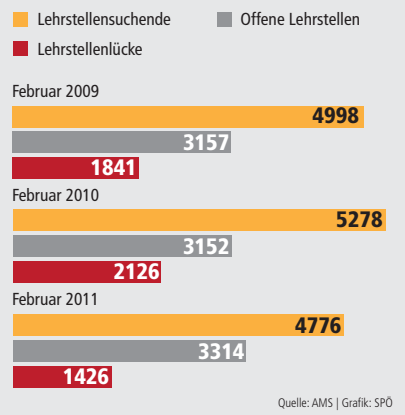
Die Regierung hat sich auf eine neue Sicherheitsstrategie für Österreich geeinigt. Damit werden Antworten auf die sicherheitspolitischen Herausforderungen der Zukunft gegeben. Enthalten sind ein deutliches Bekenntnis zur Neutralität und ein klares Nein bezüglich der Frage eines NATO-Beitritts für Österreich.

Eure Redaktion

Highlights der Woche

Frauentag	4
Interview mit Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek	6
Sicherheitsstrategie	8
Arbeitsmarktdaten	10
Kreisky-Serie Teil 7: Die Frauenpolitik	10
Frauentag-Kommentar von SPÖ-Bundesfrauengeschäftsführerin Andrea Mautz	14

Lehrstellenlücke geht stark zurück



Mehr offene Lehrstellen

Die Lehrstellenlücke geht stark zurück. Unterstützt durch entsprechende Fördersysteme haben die Betriebe ihre Ausbildungsverpflichtung wahrgenommen. Die offenen Lehrstellen sind im Vergleich zum Vorjahresmonat um 5,1 Prozent angestiegen, die Zahl der Lehrstellensuchenden hat sich um 9,5 Prozent verringert.

Bilderbox



Krankenversicherungsbeiträge werden für Frauen künftig billiger werden.

Unisex-Tarife:
Ende der Diskriminierung

Die oft geübte Praxis, unterschiedliche Versicherungshöhen von Frauen und Männern zu verlangen, fällt laut einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs unter „unzulässige Diskriminierung“. „Ich erwarte daher, dass es zu niedrigeren Prämien für Frauen bei Renten-, Lebens- und Krankenversicherungen kommt“, so SPÖ-Frauensprecherin Gisela Wurm.



Frauen waren maßgeblich an den Protesten beteiligt. Daher darf ihnen das Recht auf Teilhabe im politischen Reformprozess nicht vorenthalten werden.

Arabischer Raum: Mehr Rechte für Frauen gefordert

Christine Muttonen, SPÖ-Sprecherin für Außenpolitik und EU weist darauf hin, dass Frauen und Männer gleichermaßen am Protest gegen die autoritären Regime im arabischen Raum beteiligt waren. „Es besteht jedoch das Risiko, dass den Frauen in der Region am Ende ihr Recht auf politische Teilhabe vorenthalten wird und sich für sie nichts oder nur wenig verbessert“, warnt Muttonen. Sie appelliert daher an Außenminister Spindelegger, „jede Einflussmöglichkeit wahrzunehmen, dass die Gleichberechtigung der Frauen im politischen Reformprozess der betroffenen Staaten berücksichtigt wird.“

Zitat der Woche

„Aus taktischen Gründen leise zu treten, hat sich noch immer als Fehler erwiesen.“

Johanna Dohnal

EU darf nicht in nationale Lohn- und Pensionspolitik eingreifen

Bundeskanzler Werner Faymann konnte sich bei einem Arbeitstreffen die Unterstützung der deutschen Kanzlerin für die Forderung nach einer Entschärfung des Wettbewerbsfähigkeitspakts sichern.



HB/Wenzel

Das Ergebnis des Arbeitstreffens in Berlin stellt einen wichtigen Erfolg für Österreich dar. Der österreichische Bundeskanzler hat sich in der aktuellen Debatte um eine EU-„Wirtschaftsregierung“ gemeinsam mit anderen kleinen und mittleren Staaten klar positioniert: Der Entwurf des Wettbewerbsfähigkeitspakts muss entschärft werden.

Bundeskanzler Werner Faymann hat sich beim Arbeitstreffen in Berlin klar positioniert: Lohn- und Pensionsverhandlungen müssen auch weiterhin Sache der einzelnen Staaten bleiben.

Deutschlands Bundeskanzlerin unterstützt Österreich jetzt bei dieser Position: In die Lohnpolitik der EU-Mitgliedsländer wird nicht eingegriffen, auch ein gemeinsames Pensionsalter ist vom Tisch. Bis zum EU-Gipfel am 11. 3. wird der Entwurf umgearbeitet. Das ist ein wichtiges Ergebnis für die nationale Unabhängigkeit und eine Bestätigung der Rolle der österreichischen Gewerkschaft im Rahmen der Sozialpartnerschaft.



STANDPUNKT

Profis für die Sicherheit

Die Regierung hat sich auf eine neue Sicherheitsstrategie geeinigt und darin die Aufgaben des Bundesheeres definiert. Eine Analyse dieser Strategie ergibt ganz klar: Für diese Aufgaben brauchen wir Profis!



Auch für friedenserhaltende Einsätze des Heeres sind Profis gefragt – wie hier eine österreichische Soldatin der KFOR-Truppe im Kosovo.

Die neue Sicherheitsstrategie, die SPÖ und ÖVP als gemeinsamen Entwurf beschlossen haben, legt die sicherheitspolitischen Aufgaben und strategischen Leitlinien für Österreichs Verteidigungspolitik fest. Heute gibt es andere Herausforderungen für das Heer als noch vor 10, 20 oder 30 Jahren. Katastrophenschutz, friedenserhaltende Einsätze im Ausland, Landesverteidigung gegen Cyberkriminalität und andere neue Gefahren sind heute die Aufgaben eines Heeres.

Die Frage ist: Kann man mit einem Bundesheer mit allgemeiner Wehrpflicht diese Aufgaben bestmöglich erfüllen, oder brauchen wir ein neues, modernes Profi-Heer? Die frühere territoriale Landesverteidigung setzte auf Mannstärken. Aber die Zeiten, als man möglichst viele Soldaten brauchte, um konventionelles Kriegsgerät zu bedienen, sind vorbei. Junge Männer als "Kanonenfutter" in Panzer-Kriegen gehören – glücklicherweise! – in Europa der Vergangenheit an. Landesverteidigung ist heute hochkomplex: Terrorismus, Cyber-Attacken oder ABC-Abwehr heißen die aktuellen Her-

ausforderungen. Gegen diese Bedrohungen helfen dafür nicht ausgebildete, zwangsverpflichtete junge Burschen nicht wirklich. Haben sie die Ausbildung, um solche Gefahren zu erkennen? Nein, hier sind Profis gefordert.

Auch der moderne Katastrophenschutz erfordert zunehmend technisches Know-how. Es braucht Frauen und Männer, die bei einem Einsatz jeden Handgriff beherrschen, die in der komplizierten Logistik Erfahrung haben. Ausrüstung und Gerätschaft für Katastrophenfälle werden immer effizienter, aber auch komplizierter. Kommt es zu einem Hochwasser (zu kurz kommt leider die Diskussion um die Prävention, also den Hochwasserschutz) – wer soll zum Einsatz kommen: dafür nicht ausgebildete, unmotivierte 18-Jährige oder Profis? Ich sage: Profis.

Und nicht zuletzt die Auslandseinsätze unseres Bundesheeres zeigen, dass ein Heer 2011 anderes leisten muss als Landesverteidigung in den 50er-Jahren des letzten Jahrhunderts. Schon jetzt dürfen zu den UNO-Missionen auf den Golan-Höhen, nach Bosnien oder in den Kosovo nur Berufssoldaten des österreichischen Bundesheeres ent-

„Es würde ja auch niemand auf die Idee kommen, in ein Spital zu gehen, in dem das Personal alle sechs Monate wechselt.“

sandt werden. Mit gutem Grund. Internationale Einsätze brauchen Spezialisten. Denn wer soll in einem Auslandseinsatz – wie aktuell, als Österreicher aus Libyen evakuiert werden mussten – zum Einsatz kommen? Dafür nicht ausgebildete 18-Jährige oder Profis? Wie schon jetzt: Profis.

Daher muss man nach der Sicherheitsstrategie ganz nüchtern die Frage stellen: Für welche der aufgezählten Aufgaben braucht es jetzt eigentlich Grundwehrdiener?

Die Mehrheit der EU-Staaten hat sich hier schon entschieden: Statt auf zwangsverpflichtete 18-jährige Burschen, die nach wenigen Monaten wieder abrüsten, setzt man auf Expertinnen und Experten. Es würde ja auch niemand auf die Idee kommen, in ein Spital zu gehen, in dem das Personal alle sechs Monate wechselt.

Ach ja – für den Systemerhalt (Kasernen kehren, Offiziere chauffieren und im Casino servieren) empfehle ich einen Reinigungsdienst, selber fahren und Kellner anstellen – das ist auch billiger.

SPÖ und ÖVP werden nun in den kommenden Wochen Gespräche darüber führen, wie die Zukunft des Bundesheeres aussehen soll. Ein zukunftsweisendes Modell für unser Heer muss sich daran messen lassen, ob die beschriebenen Aufgaben erfüllt werden können. Für uns ist klar: Das Profi-Heer mit starker Miliz-Komponente, das Verteidigungsminister Darabos vorschlägt, ist dafür das beste Modell. ♦

Ich freue mich über Diskussionsbeiträge zum Thema auf

www.facebook.com/laurarudas.at



FRAUENTAG

„Den Frauen ihr R

Zum 100. Geburtstag des Frauentags kann auf wichtige Errungenschaften verwiesen werden. Dennoch sind jahrzehntelange Forderungen wie zum Beispiel „gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit“ heute genauso aktuell wie damals.



Lehmann

Frauen von heute können auf dem aufbauen, was in den letzten 100 Jahren für sie erreicht wurde. Bis zur vollen Chancengleichheit gibt es freilich noch genug zu tun.

Der 19. März wird ein Ehrentag der Frauen sein, aber auch ein Ehrentag des Sozialismus!“ Mit diesen Worten kündigte die Arbeiterzeitung im Jahre 1911 den ersten Frauentag in Österreich an. Die sozialistischen Frauen demonstrierten damals für das Frauenwahlrecht. Weitere Forderungen betrafen Ver-

besserungen beim Mutterschutz, in der Sozialversicherung und beim Arbeiterinnen-schutz. Das Motto lautete: „Den Frauen ihr Recht“.

Vieles konnte in den letzten hundert Jahren für die Gleichberechtigung der Frauen erreicht werden. Formal sind Frauen und Männer gleichgestellt. Sie besitzen

das aktive und passive Wahlrecht. Es gibt keine kollektivvertraglich festgelegten Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern mehr. Frauen müssen ihre Männer nicht mehr fragen, ob sie berufstätig sein dürfen, es ist selbstverständlich. Das Einkommen von Frauen wird nicht mehr gemeinsam mit dem Einkommen der

Sozialistinnen führen in den USA einen nationalen Frauenkampftag durch.

Die 2. Internationale Sozialistische Frauenkonferenz legt einen Int. Frauentag fest.

1909 1910

VGA



19. März
In Österreich, Dänemark, Deutschland, der Schweiz und den USA findet der 1. Int. Frauentag statt.

1911

12. November
Allgemeines und gleiches Wahlrecht für Frauen. Frauenvorsitzende Adelheid Popp wird in den Parteivorstand gewählt.

1918

Sozialistinnen führen in den USA einen nationalen Frauenkampftag durch.



VGA

Austrofaschismus und Nationalsozialismus – Muttertag wurde als Frauentag-Ersatz propagiert.

Einführung der Individualbesteuerung.

1921 1934 bis 1945 1973

echt“

Männer als Haushaltseinkommen versteuert. Vor der Einführung der Individualbesteuerung hatte sich die Berufstätigkeit für viele Frauen kaum rentiert, da nach Steuer und den Kosten für die Kinderbetreuung oft kaum mehr als ein Taschengeld übrigblieb. Und das einkommensabhängige Kindergeld garantiert, dass die Karenz nicht zum finanziellen Desaster wird.

Noch keine Einkommens- und Chancengleichheit

Allerdings gibt es noch viel zu tun, um die tatsächliche Einkommens- und Chancengleichheit für Frauen zu erreichen. Die Einkommensschere zwischen Frauen und Männern klappt in Österreich um 18 Prozent auseinander – bei gleicher Qualifikation und gleicher Wochenarbeitszeit. Österreich befindet sich hier europaweit in Schlusslichtposition. Dringender Nachholbedarf ist gegeben. Die Einkommenstransparenz ist sicher ein großer Schritt nach vorne. Auch Quoten in Aufsichtsräten werden für Frauen einiges verändern. Schon deshalb, weil Frauen für Frauen positive Entscheidungen treffen werden, etwa die Umsetzung betrieblicher Frauenförderprogramme.

Der weitere Ausbau der Kinderbetreuung, die Förderung der Väterkarenz und die Möglichkeit des Papamonats sind weitere Maßnahmen, die Schritt für Schritt zu realer Chancengleichheit führen.

Selbst bei der allerersten Frauentagsforderung ist noch einiges zu tun. Denn zur vollen politischen Partizipation der Frauen gehört auch die Repräsentanz der Frauen in der Politik gemäß ihrem Anteil an der Bevölkerung. Immer noch wird Politik aber von deutlich mehr Männern als Frauen gemacht. Auch hier besteht Änderungsbedarf. Auch nach 100 Jahren gibt es also noch genug gute Gründe, am 8. März den Frauentag zu unterstützen. ♦

INTERVIEW

„Noch ein Stück des Weges vor uns“

Frauenministerin und SPÖ-Frauenvorsitzende Gabriele Heinisch-Hosek im Gespräch mit „SPÖ Aktuell“ zum Frauentag, zu Frauenquoten und zur Einkommenstransparenz.



Lehmann

Heinisch-Hosek: Will man, dass Familie für Frauen kein Berufs- und Karrierehindernis mehr ist, braucht man Väter, die sich mehr an der Kinderbetreuung beteiligen. Will man, dass die Einkommensschere zwischen Frauen und Männern kleiner wird, geht das nur gemeinsam mit den Männern.

Was bringt die Einkommenstransparenz, die seit 1. März in Kraft ist?

Heinisch-Hosek: Das ist ein bedeutender Fortschritt – denn jetzt können die verpflichtenden Einkommensberichte vor

Gericht als Beweismittel angefordert werden. Ich bin aber überzeugt, dass allein die Tatsache, dass die durchschnittlichen Einkommen offengelegt werden, schon zu Verbesserungen führt. Etwa dadurch, dass der Betriebsrat nun ein starkes Instrument in der Hand hat, mit dem er mit der Unternehmensleitung besser in Verhandlungen treten kann.

Österreich gehört in Sachen Frauenquoten zu den Nachzügern. Wann wird sich das ändern?

Heinisch-Hosek: Nach wie vor haben wir in den Aufsichtsräten eine Männerquote von 90 Prozent. Der Zug, der mehr Frauen in Aufsichtsräte bringt, steht bei uns noch in der Station. Es wird Zeit, dass Österreich hier mitzieht. Ich habe daher einen Stufenplan vorgeschlagen, bei dem wir zuerst auf eine Selbstverpflichtung setzen und wenn sich bis 2014 nichts bewegt, dann muss über rechtsverbindliche, durchsetzbare Quoten geredet werden. ♦

Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek: Damit Frauen weiterkommen, ist die stärkere Beteiligung der Männer an der Familienarbeit wichtig.

SPÖ Aktuell: Ist es eigentlich noch notwendig, dass Frauen für ihre Rechte auf die Straße gehen?

Gabriele Heinisch-Hosek: Der Frauentag ist zwar 100 Jahre alt, aber kein bisschen überholt. Auch wenn sehr, sehr viel Positives passiert ist, ist noch viel zu tun, damit Frauen in Familie, Beruf und Gesellschaft die gleichen Chancen haben wie Männer.

Was sind die aktuellen frauenpolitischen Meilensteine?

Heinisch-Hosek: Die Frauen sind schon sehr weit gekommen. Hier müssen sicher – ohne wertende Reihung – die Gewaltschutzgesetze genannt werden, die Fristenregelung, die Festschreibung gleicher Entlohnung von Frauen und Männern, die Individualbesteuerung, aber auch die Möglichkeit der Väterkarenz.

Braucht Frauenpolitik die Väter, um den Frauen zu Chancengleichheit zu verhelfen?

Beschluss der Fristenlösung. Es dauert jedoch bis 1975, bis sie in Kraft tritt.



SPÖ
Johanna Dohnal wird Frauen-Staatssekretärin.

Erstes Gleichbehandlungsgesetz für die Privatwirtschaft.

Vergewaltigung in der Ehe wird unter Strafe gestellt.

Väterkarenz wird eingeführt.

Erstes Gewaltschutzgesetz wird eingeführt.

Frauenministerium wird geschaffen.

Frauen können ihren Namen nach der Heirat behalten.

Einführung des einkommensabhängigen Kindergelds.



1973

1979

1989

1990

1991

1994

2010

LANDESVERTeidIGUNG

Neue Sicherheitsstrategie für Österreich

Die SPÖ-geführte Bundesregierung hat sich auf einen gemeinsamen Entwurf für eine neue Sicherheitsstrategie geeinigt. Darin werden die sicherheitspolitischen Aufgaben und strategischen Leitlinien neu, umfassend und zeitgemäß festgelegt.



Sie haben für die SPÖ erfolgreich die neue Sicherheitsstrategie verhandelt: Verteidigungsminister Norbert Darabos und Staatssekretär Josef Ostermayer.

Verteidigungsminister Norbert Darabos und Staatssekretär Josef Ostermayer haben gute Arbeit geleistet. Gemeinsam mit ihren ÖVP-Pendants Fekter und Spindelegger haben die beiden SPÖ-Verhandler einen Entwurf zu einer neuen Sicherheitsstrategie für Österreich geliefert, der die österreichische Sicherheitspolitik auf die Höhe der Zeit hebt. „Ein erfreulicher Konsens, der eine deutliche Qualitätsverbesserung gegenüber der Doktrin aus 2001 bringt“, zeigt sich Verteidigungsminister Norbert Darabos mit dem Ergebnis zufrieden. Und auch Bundeskanzler Werner Faymann weiß um die Bedeutung des erreichten Konsenses: „Wir haben eine Einigung erzielt, zu der beide Regierungsparteien stehen, eine wichtige Einigung für die Sicherheit des Landes.“

„Die neue Sicherheitsstrategie bringt eine deutliche Qualitätsverbesserung gegenüber der Doktrin aus 2001.“

Verteidigungsminister Norbert Darabos

Klares Bekenntnis zur Neutralität

Im Gegensatz zur derzeitigen Sicherheitsdoktrin, die aus dem Jahr 2001 stammt und von der damals schwarz-blauen Bundesregierung gegen die Stimmen der SPÖ beschlossen wurde, ist im aktuellen Entwurf ein NATO-Beitritt keine Option mehr. Im Gegenteil: „Die Sicherheitsstrategie enthält ein klares Bekenntnis zur Neutralität“, erläutert Darabos den Inhalt. Sie wird in der neuen Strategie als Grundprinzip der öster-

reichischen Sicherheitspolitik festgeschrieben.

Neue Herausforderungen

Die Sicherheitsstrategie 2011 liefert die notwendigen Antworten auf die geänderte sicherheitspolitische Lage und hält fest, dass das Österreichische Bundesheer unverzichtbares Element der inneren und äußeren Sicherheit Österreichs ist. Die klassische Landesverteidigung rückt in den Hintergrund. Als neue sicherheitspolitische Herausforderungen werden unter anderem der umfassende Schutz des Staates und der österreichischen Bevölkerung, Terrorismusbekämpfung, Cyberkriminalität, der Schutz sensibler Infrastruktur und Naturkatastrophen genannt.

Zukunft des Bundesheeres

Mit der Einigung zur neuen Doktrin ist auch der Grundstein für die zukünftige Ausformung des Österreichischen Bundesheeres gelegt. „Die neue Strategie skizziert die sicherheitspolitischen Herausforderungen der Zukunft und lässt so Rückschlüsse auf die dafür benötigten Werkzeuge zu“, so der Verteidigungsminister. Aus Sicht der SPÖ lassen sich diese Herausforderungen durch ein Profi-Heer mit aufgewerteter Milizkomponente optimal bewältigen.

Das bisherige Verhandlungsteam wird nun mit Gesprächen über die Organisation des Bundesheeres beginnen. Bundeskanzler Faymann skizziert mögliche Szenarien für den Ausgang dieser Gespräche: „Entweder wir einigen uns auf ein gemeinsames Modell, oder auf die Vorgangsweise für eine Volksbefragung.“ ♦

ARBEITSMARKT

Wir sind Europameister!

Der Februar bringt Rekordwerte am Arbeitsmarkt: Der stärkste Rückgang der Arbeitslosigkeit seit drei Jahren, ein Beschäftigungsrekord für den Monat Februar und die europaweit niedrigste Arbeitslosenquote.

„Die österreichische Bundesregierung hat nicht nur rasch und richtig auf die Krise reagiert, sie hat auch das Budget sozial verträglich konsolidiert und damit die Basis für den Wirtschaftsaufschwung gelegt.“

SPÖ-Sozialsprecherin Renate Csörgits

Nach einem positiven Jahresabschluss 2010, der einen Beschäftigungsrekord für den Monat Dezember brachte, und dem höchst erfreulichen Start ins Jahr 2011 mit einem starken Rückgang der Arbeitslosigkeit setzt sich der positive Trend am österreichischen Arbeitsmarkt nicht nur fort, er übertrifft sogar alle bisherigen Erwartungen. 2011 fiel nicht nur der bisherige Beschäftigungsrekord für den Monat Februar, es ist (laut Eurostat – Zahlen Jänner 2011) auch gelungen, den „Europameistertitel“ im Kampf gegen Arbeitslosigkeit nach Österreich zurückzuholen. Und: Mit einem Minus von 34.573 Personen (inklusive Schulungen) im Vergleich zum Vorjahr hat Österreich den stärksten Rückgang von Arbeitslosigkeit seit drei Jahren.

Februar bringt Beschäftigungsrekord

„Mit einer Arbeitslosenquote von 4,3 Prozent laut Eurostat sind wir gemeinsam mit den Niederlanden Europameister“, betont Sozialminister Rudolf Hundstorfer. Mit einem Plus von rund 64.000 Arbeitsplätzen bringt 2011 einen neuen Beschäftigungsrekord für den Monat Februar. „Hauptgrund für die sehr gute Arbeitsmarktentwicklung ist die unter Volldampf laufende Industrie: dadurch stieg die Beschäftigung im Produktionsbereich im Jänner um knapp 13.000 Personen“, so der Sozialminister. Das Gros der Beschäftigung wird weiterhin im Dienstleistungsbereich geschaffen, der ohne Arbeitskräfteüberlasser im Jänner fast 35.000 neue Jobs brachte. Die Beschäftigung bei den Frauen (+24.000) steigt wie bei den Männern (+30.000) kräftig an. Und:



Zimmer

Die Ausbildungsgarantie erweist sich weiterhin als Erfolgsprojekt. So besuchten Ende Jänner 11.520 Jugendliche eine überbetriebliche Lehrausbildung.

Jeder dritte Arbeitslose (91.473) hat bereits eine Einstellzusage für einen neuen Job. Mit 31.652 gibt es außerdem um 20,7 Prozent mehr offene Stellen als noch vor einem Jahr.

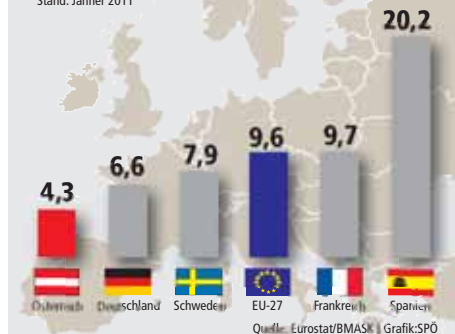
Frauen am Arbeitsmarkt unterstützen

„Leider steigt die Frauenarbeitslosigkeit statistisch leicht um +0,4 Prozent, was ausschließlich an den Schulungen liegt

(-5.500). Inklusive Schulungen sinkt die Frauenarbeitslosigkeit deutlich um 4.945 Personen“, berichtet der Sozialminister. Das AMS unterstützt Frauen besonders intensiv, um der Gleichstellung am Arbeitsmarkt näherzukommen: So gilt die Zielvorgabe von Minister Hundstorfer, dass 50 Prozent der arbeitsmarktpolitischen Mittel Frauen zugute kommen sollen. Der starke Rückgang der Schulungen liegt einerseits daran, dass die krisenbedingte Schulungsoffensive nachlässt, andererseits vor allem daran, dass Bezieher der Mindestsicherung verstärkt in Beratungs- und Betreuungseinrichtungen unterstützt werden.

Gesamtarbeitslosenquote im europäischen Vergleich

Stand: Jänner 2011



Österreich ist (gemeinsam mit den Niederlanden) erneut Europameister im Kampf gegen Arbeitslosigkeit. Das geht aus den kürzlich veröffentlichten Zahlen von Eurostat für den Monat Jänner hervor.

Starker Rückgang bei Jugendarbeitslosigkeit

Auch aus dem Bereich der Jugendbeschäftigung gibt es erfreuliches zu vermelden: Mit einer Jugendarbeitslosigkeit von 7,8 Prozent liegt Österreich nur 0,2 Prozent hinter dem Europameister Niederlande. SPÖ-Sozialsprecherin Renate Csörgits: „Die Arbeitslosigkeit bei den 15- bis 24-Jährigen ist im Vergleich zum Vorjahr um 10,2 Prozent gesunken, im Jahr 2011 haben bereits 21.559 Jugendliche nach Arbeitslosigkeit eine Beschäftigung aufgenommen.“ ♦

LIBYEN

Regierung hat Gaddafis Konten gesperrt

Die EU hat einstimmig Sanktionen gegen das Gaddafi-Regime in Libyen beschlossen. Die österreichische Bundesregierung hat den Sanktionsbeschluss umgehend umgesetzt und Gaddafis Konten einfrieren lassen.



Bundeskanzler Werner Faymann betont, dass Österreich mit der Sperre der Gaddafi-Konten „im europäischen Gleichklang“ handelt.

Bundeskanzler Werner Faymann begrüßte den einstimmigen Beschluss auf EU-Ebene. Der Maßnahmen-Katalog richtet sich gegen eine Reihe von Mitgliedern der Familie Gaddafi

sowie hochrangige Führungskräfte des libyschen Regimes und umfasst Kontensperren, Reiseverbote und ein Waffenexportverbot. Die sanktionierten Personen dürfen nicht mehr in EU-Staaten einreisen. Auch die Vereinten Nationen sanktionieren das Gaddafi-Regime: Die UNO-Vollversammlung hat Libyen angesichts der Gewalt gegen Demonstranten aus dem Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen ausgeschlossen. Nach einem entsprechenden Regierungsbeschluss hat die Österreichische Nationalbank eine Verordnung erlassen, mit welcher das Vermögen der Betroffenen eingefroren werden kann. „Die Nationalbank hat die Konten der Machthaber gesperrt, damit stehen wir im Einklang

mit den von der EU verhängten Sanktionen“, so der Bundeskanzler.

Demokratie und Aufbau unterstützen

Jetzt gehe es vor allem darum, die Gewalt in Libyen zu beenden und die Lage zu stabilisieren, so Faymann. „Wir müssen auch eine Demokratisierung unterstützen und mithelfen, neue Lebensgrundlagen zu schaffen“, so der Bundeskanzler, der auch betonte, dass es wichtig sei, den wirtschaftlichen Aufbau in Libyen und allgemein im arabischen Raum zu unterstützen. „Es geht darum, die Gewalt zu beenden und menschenwürdige Lebensbedingungen zu schaffen“, so Faymann, der dafür plädiert, die Situation „als Chance zu begreifen“.

Am 11. März treffen die Staats- und Regierungschefs der 27 EU-Staaten zu einem Libyen-Sondergipfel zusammen. Faymann will eine bessere Koordinierung der EU-Maßnahmen für Libyen. ♦

EURATOM

SPÖ fordert Änderungskonferenz

Die SPÖ-geführte Bundesregierung setzt sich in Brüssel dafür ein, dass möglichst rasch eine Änderungskonferenz zum Euratom-Vertrag einberufen wird.

SPÖ-Umweltsprecherin Petra Bayr betont, dass die SPÖ neue, nachhaltige Energien unterstütze. Sie hält es aber für „politisch wenig intelligent“, einen Euratom-Austritt zu fordern und dann weiterhin Beiträge für Euratom zu zahlen, aber bei der Atom-sicherheit nicht mehr mitreden zu können. Ein einseitiger Ausstieg aus dem Euratom-Vertrag – so das Ziel des gerade ange-laufenen Volksbegehrens – ist verfassungsrechtlich jedenfalls nicht von einem Austritt aus der Europäischen Union zu trennen. Österreich wurde mit seinem Beitritt zur EU Vertragspartner des Euratom-Vertrages – und EU und Euratom, die ein gemeinsames



Budget und gemeinsames Personal haben, sind eng miteinander verwoben. Auch der Vertrag von Lissabon ändert nichts an dieser Rechtslage. ♦

Die Position der SPÖ ist klar: Kernenergie ist weder eine nachhaltige Form der Energieversorgung noch eine Option zur Bekämpfung des Klimawandels.

EUROPA

Ratingagenturen vernetzen

SPÖ-EU-Abgeordnete Evelyn Regner plädiert für eine Vernetzung der europäischen Ratingagenturen. Ihre Stellungnahme an das EU-Parlament fand eine Mehrheit.

In der Stellungnahme ist „festgelegt, dass nationale Ratingagenturen in Europa besser in einem europäischen Netzwerk zusammenarbeiten können. Das stärkt sie gegenüber den drei großen US-Ratingagenturen Standard & Poor's, Moody's und Fitch Ratings“, so Regner. Europäische KMUs hätten gegenüber den US-Agenturen einen Wettbewerbsnachteil. Das soll mit der Stellungnahme der EU-Abgeordneten verhindert werden. Ebenfalls mehrheitlich angenommen wurde der Vorschlag Regners, die Methoden von Ratingagenturen offenzulegen, wenn es um die Beurteilung von Staaten geht. ♦

SPÖ-EU-Abg. Regner erinnert, dass die Regulierung von Ratingagenturen ein wesentlicher Baustein fairer und gerechter Finanzmärkte ist.



UNIVERSITÄTEN

Mehr Information für Studierende

Bessere Planbarkeit für die Universitäten und mehr Informationen für die Studierenden – das bringt die Novelle des Universitätsgesetzes. Die SPÖ konnte die Einführung von neuen Zugangsbeschränkungen verhindern.



Durch die Novelle des Universitätsgesetzes erhalten Studierende eine bessere Grundlage für die Studienauswahl.

Die vom Parlament beschlossene Uni-Novelle hat ein besseres Management des ersten Studiensemesters zum Ziel. Wesentliche Eckpunkte sind:

- » keine neuen Zugangsbeschränkungen
- » die neue, einsemestrige Studieneingangsphase (STEP) besteht aus mehreren Prüfungen
- » Voranmeldung vor Inskription
- » verbesserte und verpflichtende Studienwahlberatung vor dem Studium
- » Befristung der Novelle bis 2014, danach Evaluierung und Bericht an den Nationalrat.

Keine Zulassungsbeschränkungen

Die SPÖ hat dem ursprünglichen Begutachtungsentwurf von ÖVP-Ministerin Karl zahlreiche Giftzähne gezogen (siehe Infobox). SPÖ-Wissenschaftssprecherin Andrea Kuntzl betont, dass die Novelle keine Zulassungsbeschränkungen oder Aufnahmeverfahren bringt. „Damit ist gewährleistet, dass junge Menschen auch weiterhin

ihr Wunschstudium beginnen können“, so Kuntzl, die besonderen Wert auf verbesserte Studienberatung legt. ♦

INFO

Quantitative Beschränkungen verhindert

Auf Druck der SPÖ wurden aus dem ursprünglichen Entwurf u.a. folgende Beschränkungen gestrichen:

- » Beschränkung und Reduktion von Studienplätzen für Studienanfänger in Studien mit außergewöhnlich erhöhter Nachfrage
- » Auswahlverfahren als Aufnahmeverfahren vor Zulassung oder als STEP mit Auswahlverfahren nach Zulassung zum Studium
- » Verordnung des Wissenschaftsministeriums zur Beschränkung der Zahl der Studienplätze.

OBSORGE

Kindeswohl muss im Vordergrund stehen

Die SPÖ steht für ein modernes Familienrecht, das kein Flick- und Detailwerk sein darf. Eine automatische gemeinsame Obsorge ist daher für die Sozialdemokratie kein Thema.

Wir brauchen maßgeschneiderte sowie gute und gerechte Lösungen, die den Bedürfnissen der Eltern entgegenkommen und die auch die berechtigten Ansprüche der Kinder berücksichtigen“, betont Familiensprecherin Gabriele Binder-Maier. Dafür ist es notwendig, dass die Justizministerin ausreichend personelle und finanzielle Re-

ssourcen zur Verfügung stellt. Zudem brauche es u.a. verbindliche Besuchsregelungen sowie eine Familiengerichtshilfe. Justizsprecher Hannes Jarolim betont, dass Kinder ein Recht auf beide Elternteile hätten, man müsse aber zwischen gemeinsamer Obsorge und Besuchsrecht unterscheiden. Es nütze keinem Kind, ansehen zu müssen, wenn die Eltern in einen schweren Konflikt geraten: „Es ist keine gute Lösung, mit einem Gesetz etwas zu versuchen, für das in Wirklichkeit eine therapeutische Maßnahme notwendig ist.“

„Kinder brauchen Geborgenheit! Gemeinsame Obsorge ist nicht automatisch das Beste fürs Kind“ ist Titel und Thema der neuen Plattform der SPÖ Frauen, die soeben gestartet ist. „Jede Familie ist anders. Deswegen muss das Gericht bei Scheidungen in jedem Einzelfall prüfen, was das



Kinder brauchen Geborgenheit!

Gemeinsame Obsorge ist nicht automatisch das Beste fürs Kind.

Eine Initiative der SPÖ Frauen. | www.frauen.spoe.at



Die SPÖ Frauen haben eine Kampagne gestartet, mit der sie online Unterschriften für eine optimale Obsorgelösung sammeln.

Beste fürs Kind ist“, sagt SPÖ-Bundesfrauengeschaftsführerin Andrea Mautz. Unterstützt werden kann dieses Anliegen unter geborgenheit.frauen.spoe.at ♦

ZUM THEMA

Vorschläge für bessere Obsorge-Regelung:

- » Keine automatische Obsorge
- » Verpflichtende Besuchs-Regelung
- » Schaffung einer Familiengerichtshilfe
- » Antragsrecht für ledige Väter

Die Zeichen der Zeit erkannt

Ein Klima der Modernität und der Reformen durchströmte Österreich in der Ära Kreisky – die Frauen profitierten davon gewaltig.



Bundeskanzler Bruno Kreisky bei der Angelobung seiner fünf Staatssekretärinnen: Johanna Dohnal, Anneliese Albrecht, Franziska Fast, Beatrix Eypeltauer und Elfriede Karl.

Frau führt Regie', das war genauso aufsehenerregend und eine Schlagzeile wert wie 'Gorilla stept im Ronacher', veranschaulichte die ehemalige Direktorin des Volkstheaters, Emmy Werner den gesellschaftlichen Mief gegen den die Regierung Kreisky antrat. Bei einer Diskussionsveranstaltung im Burgtheater anlässlich des 100. Geburtstags von Bruno Kreisky stellte Werner über die massiven Veränderungen, die in den 70er Jahren eingeleitet wurden, fest: „Kreisky hat ein Fenster aufgemacht. Es ging ein Windstoß durch das Land. Es gab eine Aufbruchstimmung – vor allem unter Frauen.“

Meilensteine der Frauenpolitik

In der Ära Kreisky profitierten die Frauen aber nicht nur vom Geist der Öffnung und Modernität, für den die SPÖ stand, sondern auch von ganz realen Reformen. Frauenpolitische Errungenschaften wie das Gleichbehandlungsgesetz wurden umgesetzt, mit dem die Differenzierung zwischen Frauen- und Männerlöhnen in den Kollektivverträgen der Vergangenheit angehörte. Der Mutter-Kind-Pass wurde eingeführt, was die Säuglingssterblichkeit deutlich reduzierte, die Schutzfrist nach der Geburt wurde verlängert, die Karenzzeit wurde für die Pension angerechnet. Erstmals gab es

eine staatliche Bevorschussung des Unterhalts für Kinder, deren Väter sich der Zahlung entziehen. Der Schutz gegen Gewalt in der Familie wurde thematisiert und Frauenhäuser eingerichtet. Ein ganz essenzieller Meilenstein war die Familienrechtsreform, damit waren Frau und Mann rechtlich gleichgestellt.

Eine Signalwirkung hatte die Individualbesteuerung. Damit wurde das Familieneinkommen als Besteuerungsgrundlage abgelöst. „Viele Frauen – gerade mit höherer Bildung – mussten sich sagen lassen, dass bei Wirksamwerden der Steuerprogression ihr Einkommen gerade hinreichend, die Zusatzkosten für Kinderbetreuung oder Haushaltsführung zu finanzieren, ihr Beitrag zum Familieneinkommen aber vernachlässigbar sei“, stellte der spätere Finanzminister Ferdinand Lacina fest.

Der größte frauenpolitische Kampf aber wurde gewiss für die Fristenlösung getragen. Die SPÖ Frauen haben diesen gewonnen – zuerst mussten sie sich aber in der Partei durchsetzen. Mit einer Unterschriften-Aktion erreichten sie einen entsprechenden Parteitagebschluss. „Christian Broda war damals Justizminister. Der hat uns unterstützt – und die sehr alten Genossinnen, die aus der sogenannten 'ersten Frauenbewegung' von vor 1938“, erinnerte sich Johanna Dohnal. Auch Bruno Kreisky

„Nein, Feminist war er nicht. Aber er hat sich vor Frauen nicht gefürchtet... Wir haben fast immer übereingestimmt.“

Johanna Dohnal über Bruno Kreisky (in einem Interview mit der „Zukunft“ 2010)

musste erst überzeugt werden – er befürchtete, dass es für die Fristenlösung keine Mehrheit in der Bevölkerung gebe und dass sein gutes Verhältnis zur Kirche nachhaltig beeinträchtigt würde. 1973 wurde dann die Fristenlösung mit den Stimmen der SPÖ im Parlament beschlossen – es sollte noch zwei Jahre dauern, bis sie 1975 in Kraft treten konnte.

Der frauenpolitische Führungsanspruch der SPÖ

1979, nachdem die Regierung Kreisky IV in unveränderter Form angelobt worden war, präsentierte der SPÖ-Vorsitzende im Rahmen des 25. SPÖ-Parteitage einen überraschenden Coup: Gleich fünf Staatssekretärinnen wurden in sein Kabinett aufgenommen – Johanna Dohnal, Anneliese Albrecht, Franziska Fast, Elfriede Karl und Beatrix Eypeltauer. „Kreisky hat die Zeichen der Zeit erkannt. In anderen europäischen Ländern gab es schon starke Frauenbewegungen. Bei uns auch, aber das hat damals jeder abgestritten“, so Johanna Dohnal in einem ihrer letzten Interviews in der SPÖ-Zeitschrift „Zukunft“. Die Bestellung Johanna Dohnals war ein klares Signal, dass die Frauenpolitik erstmals aus den Agenden der Frauen- und Sozialpolitik herausgelöst und als eigener Bereich etabliert wurde – es war der Beginn der Institutionalisierung von Frauenpolitik auf Regierungsebene. Und die Sozialdemokratie beansprucht seitdem die führende Rolle bei der Vertretung der Fraueninteressen für sich. ♦

IM NÄCHSTEN HEFT

Kreisky, der große Visionär

Philosophie

Gerechtigkeit siegt – aber nur im Film

Nach seinen Bestsellern „Zahl, Zeit, Zufall“ und „Rechnen mit Gott und der Welt“ präsentiert uns Rudolf Taschner seine Gedanken zu den fundamentalen Prinzipien der Gerechtigkeit.

In diesem Buch wird kein Schiedsspruch über Gerechtigkeit geliefert, es wird kein Freibrief für Vorurteile ausgestellt, kein Machtwort über Geld, Gesetz und Gewissen gesprochen. Aber Taschner macht klar, dass Glück nicht davon abhängt, wie groß jemandes Stück vom Kuchen ist. Dabei geht er folgenden Fragen nach: Was ist denn schon gerecht? Der Ort unserer Geburt? Unsere Gene, die scheinbar Schicksal spielen? Der Zufall, der uns vor einem Un-

glück bewahrt, oder uns über Nacht zum Millionär werden lässt? Sind wir nicht alle gleich? „Gerechtigkeit gibt es nicht!“ rufen die traurigen, hoffnungslosen Realisten. „Es ist eine wunderschöne Illusion, die uns hoffen lässt“ rufen die anderen. „Durch seine Hilfe erkennen wir, dass wir mehr verstehen, als wir uns zugetraut hätten, und wir schöpfen Mut, uns der eigenen Vernunft auch ohne Anleitung zu bedienen“, schreibt Daniel Kehlmann über Taschner. ♦

Sachbuch

Allein zu Hause

Susanne Scholl lebte lange Zeit außerhalb Österreichs. Vor einem Jahr kam sie zurück in ein Land, das sich ihr gegenüber sehr freundlich zeigte, gegenüber Menschen in Not aber als unverständlich kalt.

Dieses Buch handelt von den Lebensgeschichten der Menschen, die in Österreich Zuflucht suchen und so oft dafür bestraft werden: Sie fliehen vor Mord und Totschlag, Folter und Sklaverei, Blutrache und Zwangsehe und vor dem ganz alltäglichen Elend. In Österreich aber werden sie mit Misstrauen empfangen, mit der allgegenwärtigen Unterstellung, sich etwas aneignen zu wollen, was ihnen gar nicht zusteht, zu lügen und zu betrügen und uns etwas

wegnehmen zu wollen. Ihre Anträge auf Asyl werden oft viele Jahre lang nicht bearbeitet. Ihre Kinder wachsen als Österreicher auf und sollen dann trotzdem eines Tages plötzlich das Land verlassen, weil sie angeblich eine Gefahr für Österreich sind. Sie heißen Tahira oder Fahim, Nabim oder Leila. Sie kommen aus Aserbaidschan oder Nepal, Afghanistan oder Nigeria. Gemeinsam ist ihnen, dass sie auf der Flucht sind und Hilfe brauchen. ♦

Geschichte

Die paradoxe Republik

Oliver Rathkolb, Gründungsdirektor des Ludwig-Boltzmann-Institutes für Europäische Geschichte, legt mit diesem Buch ein Standardwerk zur Geschichte der Zweiten Republik vor.

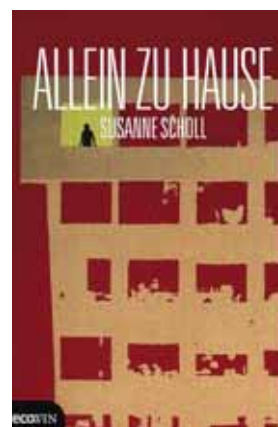
Die völlig überarbeitete Neuausgabe besticht durch ihre grundlegende Aktualisierung und bietet einen kompakten, tief gehenden Überblick über Österreichs historische Entwicklung – ausgehend vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis in die unmittelbare Gegenwart.

In den vergangenen Jahrzehnten haben die Bilder, in denen sich Österreich spiegelte, gewechselt: vom Bollwerk des Deutschtums im Osten, über die Brücke

zwischen den großen politischen Blöcken, zur Insel der Seligen bis hin zum Außen-seiter in der EU. Als einer der renommiertesten österreichischen Historiker und zugleich hautnaher Zeitzeuge ergründet Oliver Rathkolb in zehn Kapiteln Kernthemen österreichischer Politik und Zeitgeschichte der letzten sechzig Jahre. Darüber hinaus zeichnet er die Profile der Kanzler und wirft einen kritischen Blick auf die Perspektiven für die Zukunft. ♦

☐ Stk.


Rudolf Taschner
Gerechtigkeit siegt – aber nur im Film
 Ecowin Verlag, Salzburg 2011;
 226 S., 21,90 €

☐ Stk.


Susanne Scholl
Allein zu Hause
 Ecowin Verlag, Salzburg 2011;
 171 S., 21,90 €

☐ Stk.


Oliver Rathkolb
Die paradoxe Republik – Österreich 1945 bis 2010
 Haymon Taschenbuch,
 Innsbruck – Wien 2011;
 367 S., 13,95 €

Unterschrift:

Adresse:

Name:

In der Buchhandlung Löwelstraße

1014 Wien, Löwelstraße 18

Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534 27/324, E-Mail: Buchhandlung@spoe.at

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



WIEN

„Halbe-Halbe“ bei der Hausarbeit



Klassische Haushaltsarbeit ist nach wie vor Sache der Frau – egal, ob sie erwerbstätig ist oder nicht. Das zeigt das SORA-Frauenbarometer, dessen Ergebnisse Frauenstadträtin Sandra Frauenberger kürzlich präsentierte.

Wäsche waschen, bügeln, kochen – das bleibt immer noch weitgehend den Frauen überlassen. „Frauen haben sich sehr viel erkämpft“, von echter Gleichstellung könne aber keine Rede sein, so Frauenberger. Dass Frauen nach wie vor den Löwen-Anteil der unbezahlten Arbeit im Haushalt verrichten, hat weitreichende gesellschaftliche Konsequenzen – Stichwort Lohnschere. „Die Frage, wer zu Hause die Windeln wechselt ist somit keine Privatangelegenheit, sondern hochpolitisch“, sagt die Frauenstadträtin. Die Ergebnisse der SORA-Umfrage zeigen: 68 Prozent der Frauen, die in Partnerschaft leben, übernehmen das



Frauenstadträtin Sandra Frauenberger und Martina Zandonella vom SORA-Institut präsentieren das SORA-Frauenbarometer 2010.

Waschen und Bügeln. 23 Prozent machen diese Arbeit gemeinsam, aber nur drei Prozent der Männer übernehmen diese Aufgaben ganz. Ähnliches beim Thema Kochen: nur acht Prozent der Frauen können diese Arbeit meistens dem Partner überlassen. Das Aufräumen

Schaub-Walzer/PIB

und Reinigen der Wohnung übernehmen nur zwei Prozent der männlichen Partner. Dabei spielt es kaum eine Rolle, ob die Frauen berufstätig sind oder nicht.

Das Kind als Wendepunkt

58 Prozent der Frauen gaben an, dass bis zur Geburt ihres Kindes die Hausarbeit gerecht verteilt gewesen sei, danach spricht nur noch rund ein Drittel von einem gleichberechtigten Haushalt. „Das heißt: Spätestens, wenn das erste Kind da ist, schlagen traditionelle Rollenbilder voll durch – sogar bei Frauen mit emanzipierten Einstellungen“, so Frauenberger. Sie plädiert dafür, das Prinzip „Halbe-Halbe“ aus der „Mottenkiste“ zu holen: „Jeder kennt dieses Prinzip der gleichen Arbeitsteilung, aber kaum einer macht es.“ Die Frauenstadträtin kündigte daher für 2012 ein „bewusstseinsbildendes Halbe-Halbe-Revival“ an. ♦

KÄRNTEN

Info-Tour zum Profi-Heer



Verteidigungsminister Norbert Darabos bereist die Bundesländer, um über die Vorteile seines Bundesheer-Modells zu informieren. Unterstützung kommt u.a. von der SPÖ-Kärnten.

Erste Station der Tour war dabei Kärnten: Darabos traf in Klagenfurt mit dem SPÖ-Landespartei Vorstand und Landeshauptmann-Stellvertreter, SPÖ-Chef Peter Kaiser zusammen und präsentierte das Modell Freiwilligenheer. Damit will der Minister zu einer Versachlichung der Debatte beitragen. „Bis



jetzt ist in der Causa auf Nebenschauplätzen gekämpft worden“, so der Minister. Die Kärntner Genossen stehen jedenfalls hinter den Plänen des Ministers. „Darabos hat unsere volle Unterstützung“, versicherte Kaiser. ♦

LH-Stv. Peter Kaiser: Die SPÖ Kärnten steht hinter den Reformplänen von Verteidigungsminister Darabos.

SALZBURG

Erfolg der Pflegestiftung



Um den Bedarf an Pflegekräften zu decken, hat das Land Salzburg eine Pflegestiftung ins Leben gerufen, die es erlaubt, attraktive Ausbildungsplätze anzubieten.

Der neue Ausbildungsverbund von Land und Stadt Salzburg, den Salzburger Landeskliniken, der Diakonie und dem Arbeitsmarktservice (AMS) ermöglicht es Arbeitslosen und Wiedereinsteigern eine Diplommrankenpflegeausbildung anzubieten. Dabei werden heuer rund 300.000 Euro zur Verfügung gestellt, um eine Entgelterhöhung bei den Auszubildenden abzudecken. „Will man den Pflegeberuf gegenüber Konkurrenzausbildungen attraktiver machen, gibt es keine Alternative“, stellt Landeshauptmann-Stellvertreter David Brenner dazu fest. Erster Erfolg: „Mit 54 belegten Plätzen von



Bilderbox

60 möglichen fällt die Bilanz für 2011 mehr als erfreulich aus.“ ♦

Mit einer Entgelterhöhung für Auszubildende soll der Pflegebereich in Salzburg mittel- und langfristig besser abgesichert werden.

BURGENLAND

SPÖ-Klub fördert Jungtalente



Politikbegeisterte Jugendliche zu fördern, ist das Ziel des neuen Mentoringprogramms der SPÖ Burgenland.

Im Rahmen des Mentoringprogramms erhalten politische Nachwuchstalente die Möglichkeit, SPÖ-Abgeordnete zu begleiten und den politischen Alltag kennenzulernen. Den Anfang machen Klubobmann Christian Illedits und seine Stellvertreter Robert Hergovich und Edith Sack. Als Jungpolitiker stehen ihnen Lukas Lehner (Schüler, 18) aus Pötttsching, Katharina Schuller (Studentin, 20) aus Zagersdorf und Kilian Brandstätter (Grundwehrdieser, 19) zur Seite. Mit Anfang April soll das Projekt auf das gesamte Landesgebiet und alle SPÖ-Abgeordnete ausgeweitet werden.

„Wir wollen Profis und Jungtalente zusammenführen, sodass beide Seiten davon profitieren. Jugendliche erhalten die Chance, in die politische Arbeit einge-



SPÖ Burgenland

Das Mentoringprogramm des SPÖ-Klubs bringt Abgeordnete und politikinteressierte Jugendliche zusammen.

bunden zu werden und die Verwaltung kennenzulernen“, erklärt Illedits das Mentoringprogramm. Umgekehrt soll es auch den arrivierten SPÖ-Mandataren einen „Vitaminstoß“ bringen. Sie nehmen „junge Ideen“ auf und gewinnen so einen neuen Blickwinkel. Bereits Anfang des Jahres hat der SPÖ-Klub die Jugendoffensive 2011 gestartet. „Die burgen-

ländischen Jugendlichen sind überdurchschnittlich an Politik interessiert und auch bereit, sich zu engagieren – aber sie wollen nicht als ‚Einzelkämpfer‘ einem anonymen Apparat gegenüberstehen, sondern sie wollen eine echte Partnerschaft. Diese bieten wir mit unserem Mentoring-Programm an“, so Christian Illedits. ♦

NIEDERÖSTERREICH

Reformbedarf in der Landesverwaltung



Niederösterreich hat die zweithöchste Pro-Kopf-Verschuldung aller Bundesländer, dennoch geben die VP-Regierungsmitglieder mehrere Millionen für Werbung aus.

Günther Steindl, Landesgeschäftsführer der SPÖ Niederösterreich präsentiert eine Market-Umfrage zur niederösterreichischen Landesverwaltung mit den folgenden Ergebnissen: „80 Prozent der Niederösterreicher sind der Ansicht, dass

Einsparungen in der Landesverwaltung notwendig sind; 47 Prozent sehen hier eine geringe Dynamik in Niederösterreich, 61 Prozent sagen sogar, dass wenig bis gar nichts weitergegangen ist.“ ♦



Wikimedia Commons

Die Konsequenz aus diesen Resultaten ist für Steindl klar: Es ist an der Zeit, eine Expertengruppe einzusetzen, die Einsparungspotentiale erhebt und Reformvorschläge ausarbeitet.

TIROL

Prädikat „Olympisch“



In Innsbruck wird ein hochwertiges Sportzentrum eingerichtet: Tirol bewirbt sich damit um die Verleihung des Prädikats „Olympiazentrum“.

Das Qualitätssiegel „Olympiazentrum“ wird besonders hochwertigen Sportzentren vom Österreichischen Olympischen Comité verliehen. „Dazu richten wir auf dem Gelände beim Campus-Sport der Universität Innsbruck ein Leistungszentrum ein, das die Qualitätsansprüche eines zertifizierten Olympiazentrums erfüllt“, erklärt Sportreferent, LH-Stv. Hannes Gschwentner. Ziel ist es, den Tiroler Spitzen- und Nachwuchssportlern optimale Trainings- und Betreuungsmöglichkeiten zu bieten. Die Kosten des Sportzentrums teilen sich das Land Tirol und die Stadt Innsbruck im Verhältnis 60:40. ♦



SPÖ Tirol

In Innsbruck entsteht das fünfte Olympiazentrum Österreichs. Im Bild LH-Stv. Hannes Gschwentner mit den Doppelolympiasiegern Andreas und Wolfgang Linger.



Fotolia

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

Zum 100-jährigen Jubiläum des Frauentages können wir auf eine wichtige Errungenschaft besonders stolz sein: Die Einkommenstransparenz.

„Wir lernen von den Besten. In Schweden hat die Einkommenstransparenz dazu geführt, dass die Lohnunterschiede nur noch bei sechs Prozent liegen.“

Ab 1. März 2011 müssen Unternehmen mit über 1.000 Beschäftigten einen Einkommensbericht erstellen und die Durchschnittsverdienste der Männer und Frauen auflisten. Jedes Jahr werden mehr Betriebe und damit immer mehr Beschäftigte davon erfasst sein. Betriebe müssen sich nun verpflichtend mit den Einkommensunterschieden zwischen Frauen und Männern auseinandersetzen.

Vor hundert Jahren gingen bei der ersten Frauentagsdemo 20.000 Frauen über die Wiener Ringstraße. Die wichtigsten Themen damals: Frauenwahlrecht und Rechte für Frauen wie Sozialversicherung und Arbeiterinnenschutz. Eine Forderung ist damals wie heute aktuell: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit.

Mit der Einkommenstransparenz sind wir diesem Ziel nun einen großen Schritt näher gekommen. Je mehr Frauen über die Lohnstruktur in ihrem Unternehmen Bescheid wissen, desto mutiger können sie ein gerechtes Gehalt fordern.

In der Bildung haben Frauen in den letzten Jahren enorm aufgeholt. Junge Frauen sind oft besser ausgebildet als junge Männer. Sie haben bereits viele Berufszweige erobert und dringen auch in Männerdomänen wie die EDV-Branche immer weiter vor. Frauen wollen berufstätig sein und an ihrer Karriere arbeiten.

Das schlägt sich aber noch nicht beim Einkommen nieder. Die Daten des letzten Frauenberichts sind alarmierend. Frauen verdienen für die gleiche Arbeit bis zu 18 Prozent weniger als Männer. Sie erhalten auch



Trotz Berufstätigkeit werden immer noch zwei Drittel der Kinderbetreuung und der Hausarbeit von den Frauen erledigt. Auch das muss sich ändern.

bei gleichem Bildungsniveau oft schon beim Berufseinstieg weniger Geld als ihre männlichen Kollegen. Im Laufe ihres Arbeitslebens wird die Gehaltskluft noch größer.

Jetzt sind wir einen großen Schritt weiter. Mehr Transparenz bei den Einkommen wird helfen, die Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern zu verkleinern. Wir lernen von den Besten. In Schweden hat die Einkommenstransparenz dazu geführt, dass die Lohnunterschiede nur noch bei sechs Prozent liegen.

Auch kann sich Österreich nicht damit rühmen, dass die Männer im Haushalt und in der Kinderbetreuung mehr mit anpacken würden. Da hat sich in den vergangenen 15 Jahren kaum etwas verändert. Frauen sind berufstätig wie nie zuvor und erledigen immer noch zwei Drittel der Kinderbetreuung und der Hausarbeit. Mehr Männer in Karenz ist das Gebot der Stunde.

Wichtig ist auch, dass deutlich mehr Frauen in den Führungsetagen der öster-

reichischen Unternehmen arbeiten. Dies ist eine Chance für Frauen und es ist nachweislich gut für die Wirtschaft, wenn das Potenzial sowohl der Männer als auch der Frauen genutzt wird.

Gerade zum 100-jährigen Jubiläum des Frauentages erreicht uns eine tolle Nachricht, die wirklich Grund zu Optimismus gibt. Laut einer Studie der Karmasin Motivforschung spricht sich eine deutliche Mehrheit von 61 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher für Quoten in der Wirtschaft aus.

100 Jahre Frauentag, das bedeutet 100 Jahre Kampf für die Rechte von Frauen. Gemeinsam werden wir unser Ziel erreichen: Gleiche Chancen für Frauen und Männer. ♦

Andrea Mautz ist seit 2009 SPÖ-Bundesfrauengeschäftsführerin. Die ehemalige ÖH-Vorsitzende war davor u.a. Verwaltungsjuristin bei der Stadt Wien.

TERMINKALENDER

7. 3. – 9. 3.

INTAKT Jahreskunstprojekt

Unter dem Motto „wien ist weiblich!“ startet ein Kunstprojekt mit mehreren Ausstellungen und Aktionen. Bei der Eröffnung am 7. 3. um 19 Uhr wird Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek anwesend sein. Dazu gibt es eine Performance „Reformkleider“ von / über Emilie Flöge. Am 8. 3. findet um 19.30 ein Konzert mit „All'Arrabiata“ statt und am 9. 3. gibt es eine Podiumsdiskussion zum Thema „Welchen Feminismus brauchen wir heute?“. An der Diskussion nehmen Daniela Hammer-Tugendhat (Kunsthistorikerin), Johanna Rolshoven (Kulturwissenschaftlerin), Ingrid Moritz (Leiterin der Frauenabteilung der AK Wien), Lisa Bolyos (feministische und antirassistische Aktivistin) und Seher Cakir (Schriftstellerin) unter der Moderation von Petra Unger teil.

Während der gesamten Zeit ist täglich von 10-15 und 18-22 Uhr eine Fahnenausstellung von 40 INTAKT-Künstlerinnen zu sehen.

Atelierhaus der Akademie der bildenden Künste Wien (ehem. Sempdepot)

Lehargasse 6, 1060 Wien

Dienstag, 8. 3.

Offenes Rathaus

Die Wiener Frauenstadträtin Sandra Frauenberger lädt Mädchen und Frauen ins Offene Rathaus ein. Es werden Informationsstände, Beratungseinrichtungen, Bühnen-Diskussionen, Erzählcafés, Führungen, Konzerte und Kabarett geboten. Begleitend gibt es eine kostenlose Kinderbetreuung.

Öffnungszeiten: 15-20 Uhr

Rathaus

1010 Wien

Freitag, 11. 3.

Frauenempfang

Die SPÖ Frauen Burgenland laden zum Frauenempfang „Wir Burgenländerinnen“. Die Kabarettistin Susanne Pöchacker wird mit ihrem Programm „Sie werden dran glauben müssen“ auftreten. Außerdem zeigen die SPÖ Frauen einen Film und eine Ausstellung zur Geschichte des Internationalen Frauentages.

Beginn: 19 Uhr

Offenes Haus Oberwart (OHO)

Lisztgasse 12, 7400 Oberwart

Freitag, 11. 3.

Kurzfilm und Lesung

Das SPÖ-Bezirksfrauenkomitee St. Pölten lädt zu einer Kurzfilmvorführung und einer Lesung ein. Veronika Polly liest „Iba de gaunz oamen Frauen“ von Christine Nöstlinger.

Beginn: 19 Uhr

Prandtauerstraße 4, 3100 St. Pölten

Samstag, 12. 3.

Festveranstaltung

Die Wiener SPÖ Frauen laden anlässlich des 100-jährigen Bestehens des Internationalen Frauentags zu einem großen Fest unter dem Motto „Seit 100 Jahren in Bewegung“. Das umfangreiche, bunte Programm umfasst u.a. einen Talk zum Thema „5 Generationen im Gespräch“ mit der Wiener Vizebürgermeisterin Renate Brauner, eine Lesung mit Kabarettistin Andrea Händler und Autorin Angelika Hager, eine Vernissage über das Schaffen von Ewa Jablonski und Musik von Luttenberger*Klug. In der Zeit von

16-20 Uhr gibt es professionelle Kinderbetreuung von den Wiener Kinderfreunden.

Beginn: 15.30 Uhr

ega:frauen im zentrum

Windmühlgasse 26

1060 Wien

Sonntag, 13. 3.

Film, Diskussion, Musik

SPÖ-Frauensprecherin Gisela Wurm begrüßt zu 100 Jahren Internationaler Frauentag Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek zu einer Diskussion. Zusätzlich wird der Film „100 Jahre Internationaler Frauentag“ von den SPÖ Frauen gezeigt. Für ein abschließendes Musikprogramm sorgen „Funky Kids“ und „Mariko Kiyose“.

Beginn: 14.30 Uhr

Orangerie, Congress Innsbruck,

Rennweg 3

6020 Innsbruck

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber:

SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18,

Chefredakteur: Mag. Thomas Geiblinger,

Chefin v. Dienst: Mag^a Ute Pichler,

Redaktion: Markus Bacher, Mag. Gerald Demmel,

Mag^a Alexandra Hopf, Ingo Höllinger,

Mag^a Birgit Jung, Philipp Lindner, Mag. Peter Prantl,

Mag^a Sophia Schönecker, Andreas Strobl,

Susanne Vockenhuber

Bildredaktion: Emil Goldberg,

Layout: Thomas Lehmann,

Coverfoto: Thomas Lehmann, picturedesk, VGA (2)

Bildbearbeitung: Max Stohanzl

Sekretariat: Michaela Pavelka, Tel: 01/534 27/275

Verlag: edition rot Buch & Zeitschriften Handels &

Verlags Gmbh, 1050 Wien, Rechte Wienzeile 97

Hersteller: LeykamDruck, Wr. Neustadt,

E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at, Homepage: www.spoe.at

Einzelpreis: 0,73 Euro; Abo: 21 Euro

NET NEWS

www.youtube.com

„100 Jahre Frauentag“ auf YouTube

Im Rahmen der Feierlichkeiten zu 100 Jahren Internationaler Frauentag präsentieren die SPÖ Frauen einen Film über die Meilensteine der sozialdemokratischen Frauenpolitik. „Es waren die Sozialdemokratinnen, die vor 100 Jahren auf die Straße gingen, um für das Frauenwahlrecht zu kämpfen“, erinnert Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek. Vom Wahlrecht über das Gewaltschutzge-

setz bis hin zur Einkommenstransparenz werden die wichtigsten Beschlüsse und die damit verbundenen Politikerinnen präsentiert. Die ehemalige Frauenministerin Doris Bures bringt es auf den Punkt: „Es hat sich in der Geschichte gezeigt, dass für die Frauen nur dann etwas weiter gegangen ist, wenn Sozialdemokratinnen sich dafür eingesetzt haben.“ ♦





100 Jahre Frauentag I

Rund 600 Gäste – darunter Bundespräsident Heinz Fischer – feierten mit Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek das Jubiläum „100 Jahre Frauentag“. Bundeskanzler Werner Faymann betonte, dass es gelte, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter zu forcieren.



100 Jahre Frauentag II

„Wir kommen so weit wir gehen“ – unter diesem Motto stand das Jubiläumsfest anlässlich „100 Jahre Frauentag“. Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek (im Bild mit Bildungsministerin Claudia Schmied) betonte, dass in der Frauenpolitik zwar schon viel erreicht wurde, dass es aber noch viel zu tun gebe.



Budget, kindgerecht erklärt

Finanzstaatssekretär Andreas Schieder hat Kindern vor kurzem im Kindermuseum „Zoom“ erklärt, was ein Budget ist. Dazu wurde ein Budget-Kuchen gerecht verteilt und mit einem Steuer-Puzzle veranschaulichte der Staatssekretär, woher das Geld kommt.

„Weniger Salz ist g'sünder“ ...

... so heißt eine Kampagne, die Gesundheitsminister Alois Stöger gemeinsam mit Bäcker-Innungsmeister Josef Schrott und Reinhard Kainz, Bundesinnungsgeschäftsführer der Lebensmittelgewerbe, präsentierte. Bis 2015 soll der Gesundheit zuliebe der Salzgehalt in Backwaren um 15 Prozent reduziert werden.

